
FDP im Römer

OHNE DIE IAA VERLIERT FRANKFURT AN INTERNATIONALER STRAHLKRAFT

09.09.2025

„Die Entscheidung des Verbands der Automobilindustrie, die IAA bis mindestens 2031 in München zu belassen, ist mehr als nur bedauerlich,“ stellt der Fraktionsvorsitzende der FDP im Römer, Yanki Pürsün, unmissverständlich fest. Die Freien Demokraten sehen die Hauptverantwortung für diesen herben Verlust bei Alt-Oberbürgermeister Peter Feldmann. Dessen passive und letztlich ignorante Haltung hat den Weg für den Abgang der traditionsreichen Leitmesse aus ihrer Heimatstadt erst geebnet. Durch ihn entstand das Versäumnis, rechtzeitig ein zukunftsfähiges und überzeugendes Konzept vorzulegen, um die IAA in Frankfurt zu halten und weiterzuentwickeln. Dieser Mangel an Engagement und Weitsicht wiegt heute umso schwerer, da Frankfurt nun eine einmalige wirtschaftliche und mediale Chance endgültig verliert. Die Verlängerung des Vertrags in München ist somit eine direkte Konsequenz der Versäumnisse der Vergangenheit und schadet dem Ruf des Messestandorts Frankfurt unwiderruflich.

Die FDP-Fraktion sieht jedoch nicht nur in der Vergangenheit die Schuld für die Misere. Auch die gegenwärtige politische Ausrichtung des Verkehrsdezernenten trägt wesentlich dazu bei, dass Frankfurt für eine Veranstaltung wie die IAA Mobility unattraktiv bleibt. „Die von den Grünen vorangetriebene autofeindliche Politik schafft ein Klima der Ablehnung gegenüber Innovationen im Mobilitätssektor und schreckt Veranstalter wie den VDA ab“, erklärt Pürsün. Eine moderne Mobilitätsmesse umfasst längst nicht mehr nur das Automobil, sondern widmet sich ganzheitlichen Konzepten der Fortbewegung. Diese werden in Frankfurt jedoch durch ideologische Scheuklappen blockiert. Anstatt die IAA als Plattform zu nutzen, um den Wandel der Mobilität aktiv mitzugestalten und Frankfurt als Innovationshub zu präsentieren, wird das Feld kampflös der Konkurrenz überlassen. Dieser Verlust an internationaler Strahlkraft und Wirtschaftskraft ist ein hoher Preis für eine kurzsichtige und technologiefeindliche Politik.